

# Zuwanderung – Königsweg Abgaben

Mit einer Zuwanderungsabgabe würde die Immigration zugleich sinken und der Mehrheit der Bevölkerung zum Vorteil gereichen. Es entstünde so ein Anreiz, für eine offene Schweiz einzustehen. **REINER EICHENBERGER**

Betreffend Personenfreizügigkeit und bilaterale Verträge herrscht in Politik und Wirtschaft grosse Konfusion. Dabei ist die Sache ökonomisch klar: In flexiblen Arbeitsmärkten wirkt Personenfreizügigkeit weder stark negativ noch positiv. Einerseits drückt sie auf die Löhne und erleichtert die Besetzung offener Stellen, andererseits bewirkt gerade das, dass mehr Arbeitsplätze in die Schweiz verlagert und weniger ausgelagert werden. In der Summe bleiben dann die Löhne, der Personalmangel sowie das Pro-Kopf-Einkommen etwa konstant, wohingegen die Bevölkerung und die Gesamtwirtschaft aufgebläht werden.

Ähnliches gilt für die anderen Abkommen der Bilateralen I. Sie sind zwar nicht schädlich, aber auch nicht sehr nützlich. Insgesamt bringen sie einen kleinen Zustupf zum BIP, der aber viel eher 100 bis 200 Mio. Fr. jährlich als Milliarden beträgt. Denn die Bilateralen I bringen weit weniger Handels erleichterungen, als viele meinen. Zudem könnten die meisten Unternehmen die Vertragsvorteile (etwa zu öffentlichen Ausschreibungen, Normzeugniserkennung) auch mit einfachen eigenen Massnahmen erreichen (etwa mit Submissionen und Normzeugnisausstellung über EU-Niederlassungen).

Doch das ist nicht alles. Die Zuwanderung bringt zusammen mit dem Geburtenüberschuss früherer Zuwanderer ein Bevölkerungswachstum von 1,2% jährlich. Über mehrere Jahre verursacht ein so hohes Bevölkerungswachstum schwerwiegende Probleme. So macht es Bauland, Infrastruktur und viele Umweltgüter knapper und steigert die Kosten politisch anvisierter Emissionsziele und Selbstversorgungsgrade für Energie und Lebensmittel. Problem treiber ist dabei vor allem die Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums, da mit ihr die Anpassungskosten überproportional steigen. Insgesamt wirkt deshalb die Personenfreizügigkeit negativ auf unseren Wohlstand, und ihre Nachteile sind weit gewichtiger als die kleinen Vorteile der Bilateralen.

## Schutzklauseln und Kontingente ungut

Was also tun? Die bisher von der Regierung und wichtigen Interessengruppen diskutierten Vorschläge helfen wenig: Die Hoffnung, die Zuwanderung reguliere sich von selbst und Zuwanderer kämen nur, solange genug neue Stellen geschaffen würden, ist vergebens. Die Zahl offener Stellen wird weit weniger vom Zuwachs von Arbeitsplätzen als von der natürlichen Fluktuation durch Stellenwechsel und Pensionierungen geprägt. So werden auch in schlechten Zeiten jährlich 400 000 Stellen frei, weshalb die Zuwanderung dann kaum abnehmen und erst recht zum Problem werden wird.

Die bessere Ausnutzung des einheimischen Arbeitskräftepotenzials von Frauen und Alten ist so oder so wünschenswert. Grössenmässig ist sie aber im Vergleich zur Zuwanderung kaum relevant. Zudem würde sie die Zuwanderung nicht bremsen, sondern anheizen, weil

sie die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigern und so die Schweiz noch attraktiver für Unternehmen und Zuwanderer machen würde. Noch schädlicher wären Schutzklauseln. Da ihre Grenzwerte unter der heutigen Zuwanderung liegen müssten, würden sie wohl alljährlich erreicht, und die Schutzklausel würde aktiviert. Zuwanderer müssten also schneller als die Schutzklausel sein. Die Folge wäre ein Jahresanfangs-Zuwanderungsrennen und Abschottung für den Rest des Jahres.

Kontingente schliesslich sind zwar besser als Personenfreizügigkeit, verursachen aber grosse volkswirtschaftliche Kosten: Zum einen gibt es keine fixe richtige Zahl der Zuwanderung. Sie hängt von vielen Variablen



«Trotz Abgaben bliebe die fiskalische Gesamtbelastung der Zuwanderer kleiner als in der EU.»

ab, etwa den Kosten der zuwanderungsbedingten Knappheiten, den Qualifikationen der Zuwanderer und der Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften. Diese ist kaum erfassbar, weil die Unternehmen ihren wahren Bedarf nach ausländischen Arbeitskräften übertreiben, solange sie die Kontingente gratis erhalten. Deshalb würden Kontingente systematisch zu hoch festgelegt.

Zudem ist die Bearbeitung der Zuwanderungsgesuche für die Wirtschaft und den Staat sehr teuer, und im undurchsichtigen Wettlauf um Bewilligungen setzen sich oft nicht diejenigen Unternehmen und Branchen durch, die der Schweiz viel bringen. Je knapper die Kontingente sind, desto wertvoller und gesuchter werden sie, und desto schwerer fällt dem Staat die richtige Zuteilung. Die sorgfältige Behandlung von Gesuchen dauert lange, was für die beantragenden Unternehmen Gift ist. Störend ist auch die Verteilungswirkung von Kontingenten: Den Gewinnern des Verteilungskampfs bringen sie Profite, den Verlierern nur hohe Antragskosten. Der Wettbewerb wird massiv verzerrt, und der Staat wird zum Planer des Arbeitskräfteeinsatzes.

Zum Glück gibt es eine bessere Alternative: Zuwanderungsabgaben für Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige, die von der hier verbrachten Zeit abhängen. Mit solchen Abgaben können Ausländer frei, unbürokratisch und zeitgerecht eingestellt werden. Es kommen automatisch diejenigen, die davon grosse Vorteile haben oder ihrem Arbeitgeber viel nützen. Abgaben können auch gut auf Kurzaufenthalter und Grenzgänger sowie auf Angehörige von Drittstaaten angewendet werden.

Sie lenken einen Teil der grossen Gewinne aus der Zuwanderung an die Allgemeinheit, die die Kosten der Zuwanderung trägt. Und sie verschaffen den Schweizern automatisch einen gewissen Vorrang.

Abgaben sind viel EU-kompatibler als Kontingente. EU-Bürger können ohne bürokratische Zulassungsverfahren frei in die Schweiz zuwandern, der freie Personenverkehr bleibt also erhalten. Trotz Abgaben bliebe die fiskalische Gesamtbelastung der meisten Zuwanderer kleiner als in der EU. Die Überlegenheit von Abgaben gegenüber Kontingenten ist auch Grundlage der Handels-, Umwelt- und Verkehrspolitik der EU. So war die EU strikt gegen Schweizer Alpen transitkontingente, akzeptierte aber Transitabgaben.

## Finanzierungsvorteil abgelten

Zuwanderungsabgaben können gut begründet werden. Die hohe Zuwanderung in die Schweiz ist stark eine Folge ihrer guten öffentlichen Leistungen – zu für Normalverdiener sehr niedrigen Steuern. Das kann die Schweiz nur bieten, weil sie über lange Jahre weniger Schulden als die allermeisten EU-Staaten gemacht hat und ein grösseres Vermögen in Form von Infrastruktur, öffentlichen Unternehmen, Immobilien sowie Reserven im Sozialversicherungssystem aufgebaut hat. So ist in der Schweiz das Nettovermögen um weit mehr als 200% des BIP höher als in der EU. Das bringt bei einer langfristigen realistischen Verzinsung von 3% einen Finanzierungsvorteil von jährlich rund 38 Mrd. Fr. und damit pro Einwohner jährlich 4600 Fr. oder täglich 12 Fr. niedrigere Steuern und Abgaben.

Es wäre nur angemessen und fair, wenn von Zuwanderern für eine bestimmte Zeit (z. B. fünf Jahre) Abgaben in dieser Grössenordnung erhoben würden. Diese Abgaben könnten ganz einfach mit der Einkommens- und Quellensteuer veranlagt werden. Eine besonders EU-gefällige Alternative wäre, von allen Einwohnern eine Infrastrukturabgabe zu erheben, im Gegenzug aber den langjährigen Einwohnern eine leicht höhere Dividende aus dem angesparten Vermögen auszuschütten.

So oder so: Mit einer solchen Zuwanderungsabgabe würde die Immigration zugleich sinken und würde für die grosse Mehrheit der bisherigen Einwohner vorteilhaft, würde sie doch Einnahmen von ca. 2 bis 2,5 Mrd. Fr. jährlich bringen. So hätten dann Volk und Regierung wieder beste Anreize, für eine möglichst attraktive und offene Schweiz einzustehen. Und die EU? Wenn ihr ein Teil des Steuerertrags «zur Abgeltung von Ausbildungsleistungen für Auswanderer» überwiesen würde, würde sie die Vorteile des Modells wohl sofort verstehen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Üe. und Forschungsdirektor von CREMA (Center of Research in Economics, Management and the Arts).



MANFRED RÖSCH  
Ressortleiter  
zum Thema  
Werkplatz Schweiz

## Roche ist nicht die Regel

**Roche will in Kaiseraugst 300 Mio. Fr. investieren: gut für den Standort Schweiz.** Es ist gerade jetzt ungewöhnlich, dass ein international tätiger Konzern Werke in der EU und in den USA schliesst, jedoch in der Schweiz Kapazitäten ausbaut.

In Kaiseraugst geht es um eine neue Generation von Medikamenten, deren Herstellung neuartiger Prozesse erfordert. Für den Basler Pharmakonzern Roche ist diese Produktion offenbar von strategischer Bedeutung; sie wird nicht einfach nur nach blankem Kostenkalkül angesiedelt.

**Das zeigt: Für Spitzenerzeugnisse ist der Werkplatz Schweiz Spitze, nach wie vor.** Jedoch nur für solche, ganz besonders in Zeiten ungünstiger Wechselkursverhältnisse – und hier steht keine Entlastung bevor. Geringer kapital-, technologie- und forschungsintensive Industriezweige dagegen haben es schwer, sich auf den Exportmärkten zu halten, und zu Hause geraten sie unter Importdruck. Sie müssen Kapazitäten aus der Schweiz auslagern, so wie aktuell etwa der Schleifmittelhersteller Sia Abrasives. Die Schwäche des Euros treibt den Strukturwandel so zwingend voran, dass Schäden entstehen.

Die frohe Botschaft von Roche darf insofern nicht als Signal dafür missverstanden werden, das Schlimmste sei bereits vorüber, denn weiter unten in der Pyramide bröckelt es.

Auch der Dienstleistungssektor ist nicht immun. In der Schweiz führen viele internationale Grosskonzerne ihr Europahauptquartier oder ähnliche Stützpunkte. Die Frankenaufwertung hat den Betrieb solcher – mühe- los mobiler – Büroeinheiten markant verteuert. Sollten sie es dazu künftig schwerer haben, ausländische Fachkräfte anzustellen, dürften Vor- und Nachteile eines Wegzugs ernsthafter erwogen werden als auch schon.

## In der Sackgasse

Kataloniens Premier verspekuliert sich. **SINFORIANO DE MENDIETA**

Die Tragikomödie um die katalanischen secessionistischen Präntionen geht munter weiter. Die Wahlen zum Regionalparlament vom 27. September hatten für Premier Artur Mas und seine Weggefährten bekanntlich «plebiszitären» Charakter, ergo wurde das Wahlergebnis als klares Mandat für den Weg in die Unabhängigkeit umgedeutet. Dass die Separatisten zwar die Wahlen gewonnen hatten, jedoch nicht die Mehrheit der Wählerstimmen, ist für sie höchstens ein Schönheitsfehler, eine Petitesse. Mit 48% der abgegebenen Stimmen die Unabhängigkeit von einem demokratischen Rechtsstaat auszurufen, wie vor einigen Tagen im katalanischen Parlament geschehen, mutet surrealistisch an.

Mit anderen Worten: ein unerhörter Aufruf zu zivilem Ungehorsam, zur Missachtung der geltenden Gesetze. Nun ist, wie erwartet, das Verfassungsgericht auf Antrag der Madrider Regierung eingeschritten und hat die Unabhängigkeitspläne gestoppt. Halten die Regionalpolitiker am Fahrplan zur Abspaltung von Spanien fest, drohen ihnen Amtsenthebung und strafrechtliche Konsequenzen. Die interimistische Regionalregierung hat bereits die Nichtbeachtung des Gerichtsentscheids angekündigt, sie trotz also unbeirrt weiter und wagt damit die offene Rebellion.

Zeitgleich ist zum zweiten Mal in Folge die Bestätigung des bisherigen katalanischen Ministerpräsidenten Mas im Amt gescheitert. Er wird nun auch unter seinen sogenannten Weggefährten einsam. Die Wiederwahl hängt von der Anti-

System-Partei CUP ab, die ihn weg haben will. Doch auch seine Weggefährten spekulieren darauf, dass er das Handtuch wirft, ganz nach der Devise: Der Mann hat seine Schuldigkeit getan. Artur Mas' Flucht nach vorn, ins Nichts, hat sein Parteibündnis, CiU, gesprengt, den moderaten Katalanismus, den seine Partei jahrzehntelang vertrat, komplett aufgelöst, die parlamentarische Mehrheit Zug um Zug verspielt und ihn persönlich in die Arme der Linksrepublikaner und der Systemgegner getrieben. Mas' politisches Überleben ist unwahrscheinlich.

Inwieweit er selbst die Unabhängigkeit von Spanien anstrebt, ist fraglich. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Mas sich in seinem Pokerspiel verspekuliert hat. Seine Partei und ihr politischer Übervater, Jordi Pujol, stehen unter Verdacht, jahrzehntelang ein flächendeckendes Korruptionssystem aufgezogen zu haben. Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren, und Mas' politische Provokationen sind auch vor diesem Hintergrund zu deuten. Der Verdacht liegt nahe, dass die Regierungsverantwortlichen Kataloniens aus Egoismus und Machtrausch die offene Konfrontation mit Madrid gewagt, ihren Wählern eine Utopie vorgaukelt haben, um von den drängenden Problemen und ihrem Missmanagement abzulenken. Damit haben sie die Gegenwart der Katalanen unverantwortlich aufs Spiel gesetzt.

Diesen Knäuel zu entflechten, zurück zum Miteinander mit dem restlichen Spanien und damit zur Normalität zu finden, wird nicht einfach werden.



Zeit für neue  
Anlagehorizonte.

Wenn Sie das Potenzial Ihrer Anlagen freisetzen wollen. Nehmen Sie sich Zeit für eine umfassende Beratung: LGT Bank (Schweiz) AG, Telefon 044 250 81 81

**LGT. Ihr Partner für Generationen.** In Basel, Bern, Genf, Lugano, Zürich und an mehr als 15 weiteren Standorten weltweit. [www.lgt.ch](http://www.lgt.ch)

